



**Beschlüsse des a.o.
Landesparteitag,
02. April 2016, Halle (Saale)**

1 Beschluss: A1

2

3 **Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen, Koalitionsverhandlungen mit CDU und
6 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Legislaturperiode 2016-2021 aufzunehmen.

7 Der Landesvorstand wird beauftragt:

- 8 1. die Zusammensetzung der Verhandlungsgruppen in den
9 Koalitionsverhandlungen zeitnah zu beschließen und diese dem SPD-
10 Landesverband Sachsen-Anhalt bekannt zu geben.
- 11 2. zur breiten Beteiligung der Mitglieder im Rahmen der Koalitionsverhandlungen
12 in der KW 16 4 Regionalkonferenzen durchzuführen.

13

14

15 Beschluss: A3

16

17

18 **Betreuung der Landkreise**

19

20 Der SPD-Landesvorstand wird beauftragt zusammen mit der SPD-Landtagsfraktion,
21 den SPD-Bundestagsabgeordneten und des Europaabgeordneten aus Sachsen-Anhalt
22 bis Ende Mai neu auszurichten, durch wen und in welcher Form die einzelnen Regionen
23 durch eine/n Abgeordnete/n betreut werden.

24

25

26 Beschluss: A4

27

28

29 **Arbeitsgruppe zur Analyse des Wahlergebnisses**

30

31 Der SPD-Landesvorstand wird beauftragt eine zeitweilige Arbeitsgruppe zu initiieren,
32 die sich mit der Auswertung der Landtagswahl beschäftigt. Dieser Arbeitsgruppe sollen
33 neben Vertreter/innen der Landesgeschäftsstelle auch jeweils ein Mitglied aus dem
34 Landesvorstand und aus den jeweiligen Kreis- und Stadtverbände angehören.

35

36

37 Antrag: A7

38

39

40 **Regierungsmitglieder**

41

42 Die Abstimmung über einen Koalitionsvertrag und die Benennung der Ministerinnen
43 und Minister wird auf dem LPT am 23.04.2016 erfolgen.

44

45

46 Beschluss: A8

47

48

49 **Forderung an Koalitionsverhandlungen**

In einem auszuhandelnden Koalitionsvertrag müssen u. a. Regelungen enthalten sein

- zur wirksamen Verbesserung der Finanzkraft der Gemeinden sowie

- 1 • zur (Verbesserung der) Förderung von bürgerschaftlichem Engagement auf allen
2 Ebenen, so in Vereinen, Verbänden und im Ehrenamt.
3
-

4
5 **Beschluss:** **A11**

6
7 **Erhalt des Angebotes der Überlandstraßenbahnlinie 5**
8

9 Die SPD-Landtagsfraktion wird beauftragt, sich für die Änderung des Gesetzes über den
10 öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt einzusetzen, damit außer
11 Buslinien auch Straßenbahnlinien als landesbedeutsame Strecken anerkannt werden
12 können.